



Positionspapier

Aktionsbündnis Semesterticket

c/o Studierendenvertretung der FAU

Turnstr. 7

91054 Erlangen

www.semesterticket.org

Erlangen-Nürnberg, den 30.08.2014

Positionspapier des Aktionsbündnisses Semesterticket

Ausgangslage:

Mittlerweile gibt es bundesweit in nahezu allen großen Hochschulstandorten ein solidarisch finanziertes Semesterticket. Insbesondere seit der erfolgreichen Einführung eines Semestertickets in München zum Wintersemester 2013/14 ist am Standort Nürnberg/Erlangen die Diskussion um ein Semesterticket wieder brandaktuell.

Um ein Semesterticket einführen zu können, müssen mehrere Akteure ihren Beitrag leisten; gleichzeitig muss auf ihre Forderungen eingegangen werden.

Verkehrsbetriebe: Die Anbieter von Nahverkehr müssen kostendeckend kalkulieren und sind gesetzlich dazu verpflichtet, nach Einführung eines Semestertickets genauso viel Geld einzunehmen wie zuvor.

(Kommunal-)Politik: Nahezu alle Politikerinnen und Politiker befürworten ein Semesterticket und setzen sich zum Teil vehement dafür ein. Jedoch ist eine dauerhafte finanzielle Unterstützung durch kommunale Mittel derzeit wohl nicht machbar. Daraus resultiert, dass sich ein Semesterticket auf Dauer selbst tragen müsste.

Hochschulen: Die Hochschulleitungen unterstützen das Semesterticket unter anderem deshalb, weil es eine Stärkung des Studienstandortes bedeuten würde. Jedoch haben die Hochschulen ein Interesse daran, die Verwaltungskosten gering zu halten. Das heißt: alle, die Studentenwerksbeitrag zahlen, zahlen auch den Sockel des Semestertickets.

Studentenwerk: Das Studentenwerk setzt sich nachdrücklich für ein Semesterticket ein. Da es aber auch den entsprechenden Vertrag unterschreiben würde, will es rechtlich auf der sicheren Seite sein. Das bedeutet zum einen, dass ein Semesterticket nur mit dem erklärten Willen der Studierenden, bestätigt durch eine Urabstimmung eingeführt wird und zum anderen, dass der Pflichtbeitrag nicht über 1,6% des BAföG-Höchstsatzes liegen darf.

Gründe für ein Semesterticket:

- Durch ein solidarisch finanziertes Semesterticket wird der ÖPNV für die einzelnen Studierenden günstiger. Damit wird auch ein Anreiz gesetzt, vom Auto auf den umweltfreundlichen Öffentlichen Nahverkehr umzusteigen.
- In Nürnberg und Erlangen sind die Preise für Wohnraum sehr hoch. Ein Semesterticket wäre ein Beitrag zur Linderung studentischer Wohnungsnot, da dies den Studierenden Flexibilität bei der Wohnungssuche ermöglicht.
- Die Einrichtungen der Hochschulen (insbesondere der FAU) sind auf mehrere Städte verteilt, in denen die einzelnen Standorte wiederum meist weit verstreut sind. In einigen Studiengängen sind die Studierenden darauf angewiesen, aufgrund ihrer Lehrveranstaltungen zwischen den Städten zu pendeln.

Forderungen/Ziele:

Wir, die Studierendenvertretungen der Hochschulen in Nürnberg und Erlangen, fordern ein bezahlbares Semesterticket, das jedem Studenten und jeder Studentin ermöglicht, alle Hochschulstandorte zu erreichen. Zudem soll allgemein die umweltverträgliche Mobilität der Studierenden gefördert werden.

Die beste Möglichkeit wäre die Einführung eines bundes- oder bayernweiten Semestertickets. Doch solange dafür die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht gegeben sind, setzen wir uns für ein Semesterticket im VGN-Gebiet ein. Hierfür stehen wir seit Langem in Kontakt mit dem VGN und allen weiteren Akteuren, um möglichst bald eine Lösung zu erreichen.

Die Einführung eines Sozial-, Jugend- oder BürgerInnentickets unterstützen wir ebenfalls.

Durch oberste Gerichtsentscheidungen ist aktuell ein Pflichtbeitrag von bis zu ca. 60€ pro Semester gedeckt. Ein Vollsolidarmodell für das VGN-Gebiet ist somit unter den gegebenen Umständen nicht möglich. Aus diesem Grund ist auch das sog. 'Münchner Modell', also ein Sockelbeitrag für die eingeschränkte Nutzung und ein freiwilliger Zusatzbeitrag für die uneingeschränkte Nutzung anzustreben.

Das derzeitige Angebot, das sich nur über die Vorlesungszeit erstreckt, reicht nicht aus. Studierende müssen auch während der vorlesungsfreien Zeit z.B. wegen Praktika oder Prüfungen an die Hochschule fahren. Daher fordern wir die Ausweitung des Semestertickets auf sechs Monate.

Wir wollen uns nicht für oder gegen diese Lösung einsetzen, sondern wollen den Studierenden selbst die Chance geben, über diese - derzeit einzig realisierbare - Möglichkeit der Einführung eines Semestertickets abzustimmen.